

# Politik braucht die Wirtschaft – und umgekehrt!



Peter Lüscher  
lic. iur.  
Geschäftsführer

**Wirtschaftlicher Erfolg basiert auf guten Rahmenbedingungen. Diese werden von der Politik definiert. Die Wirtschaft ist also auf die Politik angewiesen. Die Politik kann nur Geld ausgeben, welches von der Wirtschaft vorgängig erarbeitet wurde. Die Politik ist deshalb auf eine erfolgreiche Wirtschaft angewiesen. Trotz der gegenseitigen Abhängigkeit gestaltet sich das Verhältnis Wirtschaft – Politik nicht immer spannungsfrei. Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) hat neben ihren anderen Aufgaben auch einen politischen Auftrag. Damit befassen sich die nachstehenden Ausführungen.**

## Wer sind wir?

Die AIHK ist eine Wirtschaftsorganisation, in welcher sich mehr als 1450 Unternehmen aus dem Kanton Aargau und den angrenzenden Gebieten zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammengeschlossen haben. In unseren Mitgliedunternehmen arbeiten rund 40 Prozent aller im Aargau Erwerbstätigen. Das gibt uns die Legitimation, die Interessen der Wirtschaft gegenüber Parlament, Regierung und Verwaltung zu vertreten. Der Verein AIHK bezweckt gemäss seinen Statuten, «für die wirtschaftliche Tätigkeit seiner Mitglieder im Rahmen ihrer Gesamtverantwortung die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten». Das ist unser politischer Auftrag. Diesen erfüllen wir im Interesse unserer Mitglieder aus der Industrie, dem (Gross-)Handel und dem übrigen Dienstleistungssektor. Wir berücksichtigen dabei den hohen KMU-Anteil (rund 70 Prozent unserer Mitglieder zählen weniger als 50 Beschäftigte) und die starke Exportausrichtung der Aargauer Unternehmen. Die AIHK-Generalversammlung beschliesst über Mitgliederbeiträge, Budget sowie Rechnung und wählt den branchenmässig und regional breit

**Ziel: gute Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Tätigkeit**

abgestützten Vorstand. Dieser legt die politischen Positionen der AIHK fest. Das kann entweder im Einzelfall (z.B. Abstimmungsparen) oder durch das Bestimmen einer generellen Marschrichtung geschehen. Seine Beschlüsse dienen der Geschäftsstelle als Leitlinien für die konkreten Stellungnahmen.

## Was wollen wir?

Wir erachten es als Aufgabe des Staates, der Wirtschaft einen Rahmen für ihre Tätigkeit zu setzen. Wir wollen also keine schrankenlose Freiheit für die Wirtschaft. Freiheit und Verantwortung der Unternehmen müssen nach Abwägung verschiedener, zum Teil gegenläufiger, Interessen durch die Politik festgesetzt werden. Die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln müssen aber tragbar und – das ist ein wesentlicher Standortvorteil der Schweiz und des Kantons Aargau – berechenbar sein.

Der Staat soll sich nach unserer Auffassung auf Rahmenpolitik beschränken. Er soll also weder Detailvorschriften für alle Fragen erlassen noch im Sinne direkter Wirtschaftsförderung Subventionen an Betriebe ausschütten. Wir lehnen solche «Staatskrücken» ab, auch wenn sie aus Sicht einzelner Unternehmen durchaus attraktiv sein können. Derartige Subventionen kosten viel und sind letztlich dem wirtschaftlichen Erfolg abträglich – ein Blick in die Landwirtschaft bestätigt das. Die Firmen sind allein und umfassend für die unternehmerische Tätigkeit zuständig und verantwortlich. Sie entscheiden damit selber über ihren Erfolg oder Misserfolg. Der Staat kann und muss aber im Sinne der Rahmenpolitik wichtige Voraussetzungen für die Tätigkeit der Unternehmen schaffen. Zu denken ist dabei zum Beispiel an den Bildungssektor. Unsere Wirtschaft ist auf eine

genügende Zahl ausreichend qualifizierter Mitarbeitender angewiesen. Eine gute Bildung, von der Volksschule bis zur Fachhochschule, leistet dafür einen entscheidenden Beitrag. Auch im Infrastrukturbereich schaffen Kanton und Gemeinden mit einer sicheren und kostengünstigen Energieversorgung, mit einem gut ausgebauten Netz für den privaten wie den öffentlichen Verkehr oder einer geregelten Entsorgung von Abfall und Abwasser die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg. Mit einer vernünftigen Finanzpolitik können die notwendigen Aufgaben des Staates bei moderater Steuerbelastung erfüllt werden.

Wir wollen deshalb mit unserer politischen Arbeit die grösstmögliche Wirtschaftsfreiheit und Vertragsfreiheit der Sozialpartner erhalten. Die Regu-

## Schwerpunktt Themen 2010: Kantonale Politik

- |                      |   |
|----------------------|---|
| ■ Steuern, Finanzen  | → Standortattraktivität sichern   |
| ■ Energieversorgung  | → Totalrevision Energiegesetz<br>→ Ersatz AKW, Klimapolitik                               |
| ■ Volksschule Aargau | → neue Vorschläge RR<br>→ VI SVP und ALV<br>→ Bildungsraum NWCH                           |
| ■ Wirtschaftspolitik | → Reregulierung vermeiden<br>→ Staatseinfluss begrenzen<br>→ Standortförderung/-marketing |

lierungsdichte für die unternehmerische Tätigkeit (Auflagen aller Art) soll möglichst gering gehalten werden. Brauchen wir tatsächlich wie 2009 mehr als 7000 Seiten neuer Vorschriften auf Bundes- und zusätzlich mehr als 500 Seiten auf Kantonsebene? Wir sind der Auffassung, der administrative Aufwand müsse im Gegenteil reduziert werden. Wir setzen uns für einen möglichst freiheitlichen, effizienten und schlanken (nicht schwachen!) Staat ein. Wir wollen den Staat weder abschaffen noch schwächen. Er soll sich vielmehr auf seine Kernaufgaben beschränken, in diesem Feld aber

## POLITIK

stark sein. Von 1990 bis 2007 ist die aargauische Staatsquote (= bereinigter Aufwand von Kanton und Gemeinden in Prozent des Volkseinkommens Aargau) gemäss Zahlen des Finanzdepartements von 18,1 auf 21,5 Prozent angestiegen. Mit dem 2007 erreichten Wert liegt der Kanton Aargau zwar in der vorderen Hälfte der gesamtschweizerischen Rangliste (Durchschnitt 25,1 %). Zu denken geben muss aber die Tatsache, dass der Anstieg der aargauischen Staatsquote um 18,9 Prozent massiv über dem schweizerischen Durchschnitt von 3 Prozent liegt. Der Kanton Aargau läuft also – gegenteiligen Behauptungen zum Trotz – nicht Gefahr, «zu Tode gespart zu werden». Er könnte somit durchaus etwas schlanker werden ohne dadurch an Kraft zu verlieren.

### Wie politisieren wir?

Die AIHK muss keine Wahlen gewinnen, sie kann sich daher auf Sachpolitik konzentrieren. Wir orientieren uns an den oben genannten Grundsätzen. Damit wollen wir glaubwürdig und verlässlich sein. Wir wollen kompetente, klare, konstruktive, konsistente und konsequente Beiträge zur Politik leisten. Unterschiedliche Auffassungen zwischen uns und unseren Sozialpartnern wollen wir konstruktiv einer Lösung zuführen. Das gelingt häufig, weil vielfach gemeinsame Interessen vorhanden sind. Verbleibende Meinungsdivergenzen können in unserem politischen System korrekt und in gegenseitigem Respekt bereinigt bzw. entschieden werden. Wir legen Wert darauf, unsere Positionen klar zu definieren und offen zu kommunizieren. Damit wollen wir einen Beitrag zur Vertrauensbildung leisten. Vertrauen ist für die politische Arbeit unabdingbar. Die aargauische Wirtschaft ist stark geprägt von kleinen und mittleren Unternehmen, welche vielfach als Familiengesellschaften strukturiert sind. Hier gelten andere Werte als in gewissen Grosskonzernen.

Abzockermentalität und Ähnliches haben hier keinen Platz. Unternehmerinnen und Unternehmer haben das Gesamtinteresse im Blick. Unter anderem deshalb hat der Kanton Aargau die Wirtschaftskrise verhältnismässig gut überstanden.

### Was bringt das unseren Mitglied- unternehmen?

AIHK-Mitglieder profitieren von unserem breiten Dienstleistungsangebot und unserem Netzwerk. Dank des Einsatzes der AIHK im Verbund mit Gleichgesinnten ist die Standortqualität des Kantons Aargau gut (vgl. dazu den Beitrag zur Standortpolitik). Für die dauernde Optimierung der Standortfaktoren ist kontinuierliches Engagement notwendig, welches die AIHK für die Unternehmen erbringt. Das ist der Hauptnutzen unserer politischen Tätigkeit für die Wirtschaft. Die AIHK-Mitglieder haben daneben in der Politik weitere Vorteile:

1. Firmen werden aus erster Hand über Standpunkte der Wirtschaft zu politischen Themen informiert. Sie erhalten diese Informationen mit unseren Publikationen oder können sie jederzeit auf unserer Webseite abrufen.
2. Firmen können sich durch eigene Stellungnahmen (Anliegen, Fragen, Kritik) aktiv an der Politikgestaltung beteiligen (Vernehmlassungsverfahren). Ihre Eingaben werden vertraulich behandelt. Die Übersicht über laufende Vernehmlassungen finden sich auf unserer Webseite, dort können auch die Vernehmlassungsunterlagen bestellt werden.
3. Die Geschäftsstelle AIHK ist gerne bereit, Firmen bei Problemen mit Behörden und/oder der Verwaltung zu beraten.

### Vertretung der branchenüber- greifenden Interessen

### Wo sind wir tätig?

Die Mehrzahl der AIHK-Mitglieder stammt aus dem Kanton Aargau. Entsprechend sind wir auch in erster Linie hier politisch tätig. Wir begleiten alle wirtschaftsrelevanten politischen Vorlagen vom ersten Entwurf bis zur Umsetzung. Gemäss Kantonsverfassung sind alle referendumsfähigen Vorlagen anhörsungspflichtig. Im Rahmen eines sogenannten Vernehmlassungsverfahrens haben interessierte Kreise Gelegenheit zu Gesetzesentwürfen Stellung zu nehmen, bevor der Regierungsrat die Vorlage an das Parlament weiterleitet. Wir nehmen diese Aufgabe sehr ernst und geben sämtlichen

Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Beurteilung in unsere Stellungnahme einfließen zu lassen. Vielfach werden Vernehmlassungsentwürfe auch im Vorstand intensiv diskutiert, zu denken ist dabei z. B. an das Energiegesetz oder an die Vorlage zu den Motorfahrzeugsteuern. Im parlamentarischen Verfahren informieren wir Grossrätinnen und Grossräte über die Beurteilung wichtiger Aspekte von Vorlagen aus Sicht der Wirtschaft. Kommt es zu einer Volksabstimmung, engagiert sich die AIHK mit Medienbeiträgen, der Organisation von Abstimmungsanlässen oder von Abstimmungskomitees. Mit dem Volksentscheid ist unsere Arbeit aber noch nicht beendet. Die Regulierungen müssen auf ihre Wirksamkeit («Werden die angestrebten Ziele erreicht?»), auf die Tragbarkeit («Wird die Wirtschaft durch den Vollzug unmässig belastet?») und Nebenwirkungen geprüft und nötigenfalls geändert werden.

Als Mitglied von economiesuisse, des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes und der Vereinigung der Schweizer Industrie- und Handelskammern bringen wir unsere Anliegen über diese Verbände in die Bundespolitik ein. ■

## AIHK

Mehr als 1450 Unternehmen sind Mitglied der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK). Die AIHK vernetzt KMU und Grossunternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung und vertritt deren Anliegen gegenüber Politik und Gesellschaft. Die politische Arbeit der AIHK wird auf diesen Seiten vorgestellt.

Daneben bietet die AIHK ihren Mitgliedern eine umfangreiche Palette von Dienstleistungen: Die Expertinnen und Experten der AIHK-Geschäftsstelle beraten die Mitgliedfirmen konkret in Rechts-, Wirtschafts- und Exportfragen. Eine AHV-Ausgleichskasse sowie eine Familienausgleichskasse gehören ebenso zum Angebot wie Information und Schulung zu allen Unternehmensfragen.

## KONTAKT

Aargauische Industrie- und Handelskammer  
Entfelderstrasse 11  
5001 Aarau  
Telefon 062 837 18 18  
Fax 062 837 18 19  
info@aihk.ch  
www.aihk.ch  
www.ahv-aihk.ch